

Zur Mitgliedergewinnung und Arbeit mit den Mitgliedern

Friedrich Schütz

Einige von Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, werden sich bestimmt noch daran erinnern, daß im Dezember in dieser Zeitung ein Artikel mit dem Thema „Für eine zukunftsfähige LINKE“ erschien. In ihm wurde über einen von einer Arbeitsgruppe beim Parteivorstand erarbeiteten Bericht zu diesem Thema mit dem Blick auf das Jahr 2020 informiert, ein kurzer Überblick gegeben. Wenn wir jetzt auf dieses Thema zurückkommen- und wir werden das noch öfters tun – so geschieht das, weil hierzu gegenwärtig in der Partei eine umfassende Diskussion geführt wird. Es sei hier aber noch einmal herausgestellt: Es geht mit diesem Projekt nicht um die Inhalte der Politik (Friedenspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik u.a.), sondern um die zu deren Durchsetzung erforderliche qualitative Verbesserung aller Arbeitsformen in der Partei und ihren Gliederungen (Mitgliedergewinnung, Bildungsarbeit, Information, Öffentlichkeitsarbeit u.a.). Die Redaktion unserer Zeitung ist an Diskussionsbeiträgen zu dieser Thematik sehr interessiert.

Ich werde mich im folgenden einer dieser Arbeitsformen zuwenden, der Gewinnung von Mitgliedern und der Arbeit mit ihnen. Dabei stütze ich mich weitgehend auf meinen umfassenden Beitrag zur Thematik „DIE LINKE 2020“ an den Partei- und Landesvorstand.

Ich beginne mit drei Sätzen aus dem Bericht, die ich für sehr wichtig halte und deren sich jedes Mitglied auch bewußt sein sollte. „DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei und will das bleiben“. Und weiter, „Die Mitglieder sind das höchste Gut der LINKEN“. Nicht vergessen werden darf aber auch der Anspruch, daß sie „flächendeckend in Ost und West präsent sein will“.

Es ist allgemein bekannt, daß die Mitgliederzahl der LINKEN, bedingt durch Austritte, Tod oder Streichungen, ständig weiter abnimmt und bereits unter 70 000 gesunken ist. Diese Entwicklung zeigt sich auch in unserem Kreisverband. Dazu kommt: „In vielen, auch in größeren Dörfern, ja selbst in der Stadt Alsleben, hat DIE LINKE gegenwärtig kein Mitglied.

Diese hier nur kurz angedeutete Situation verlangt von den Vorständen der Gliederungen auf allen Ebenen der Partei, der Gewinnung neuer Mitglieder, besonders von Frauen und Jugendlichen, eine weitaus größere Aufmerksamkeit zu widmen als das bisher in der Regel der Fall war. Die in dem erwähnten Bericht dem Landesverband Sachsen-Anhalt gestellte Aufgabe, zukünftig jährlich mindestens 161 neue Mitglieder zu gewinnen, ist meines Erachtens bei einer kontinuierlichen, ideenreichen und engagierten Arbeit auch zu lösen.

Es ist allgemein bekannt, daß bei der Gewinnung eines neuen Mitglieds ganz individuell vorgegangen werden muß, seine Persönlichkeitseigenschaften berücksichtigt werden müssen. Unterstützt werden kann dieser Prozeß dadurch, daß die Landes- und Kreisvorstände regelmäßig spezielle Veranstaltungen für Frauen und junge Leute durchführen. Ich halte es auch für angebracht, solche Menschen, die ein positives Verhältnis zu unserer Partei haben, sich aber noch nicht für einen Eintritt entscheiden konnten, zu Veranstaltungen einzuladen.

Es geht aber nicht nur um die Gewinnung neuer Mitglieder, sondern auch um die Reduzierung der Austritte. Das erfordert zum einen, in den Gliederungen, besonders in den Basisorganisationen, ein Arbeitsklima zu entwickeln, daß sich alle wohl fühlen, merken, daß sie gebraucht werden. Zum anderen aber sollten Austrittserklärungen nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Eine Rücksprache halte ich in solchen Fällen unbedingt für erforderlich.

So wichtig die Gewinnung neuer Mitglieder ist, so wichtig ist auch die Arbeit mit ihnen, ihre Einbeziehung in das Parteileben. Jede und jeder muß ihre/seine Aufgaben kennen und wissen, was von deren Erfüllung abhängt. In der gemeinsamen Arbeit muß das Positive, das Miteinander im Vordergrund stehen. Es muß alles dafür Erforderliche getan werden, daß die Parteiarbeit auch Spaß macht, und für ganz wichtig halte ich besonders für die ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen an der Basis: Mit Lob und Dank darf nicht gespart werden.

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

DIE LINKE 2020

Seite 1 - 3

- Konferenz der Kreisvorsitzenden
Seite 4
- Krise der Europäischen Union
Seite 5
- Internationaler Frauentag
Seite 6

- Öffentlichkeitsarbeit
Seite 7
- 3. Parteitag einberufen
Seite 8
- Kreisvorstand
Seite 9
- Stadträte Bernburg und Güsten
Seite 10

Gelebte Öffentlichkeitsarbeit

Klaus Magenheimer

Nicht nur meine Erfahrungen besagen, unsere Partei lebt davon und wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen, wenn sich viele Mitglieder engagieren. Unsere berechtigten Forderungen können wir in den seltensten Fällen allein durchsetzen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt dabei das Wirken unserer Mitglieder u.a. in Sport-, Kultur-, Geschichts- und Gartenvereinen, um nur einige zu nennen, in Bündnissen, Initiativen und nicht zuletzt in den Gewerkschaften. Ich habe den Eindruck, im Gegensatz zu Mitgliedern anderer Parteien handeln wir häufig zu vorsichtig, aus Befürchtungen, man könnte uns ausgrenzen oder wir könnten der Bewegung schaden. Die meisten von uns erleben in der letzten Zeit, diese Zurückhaltung ist wirklich nicht mehr angebracht. Wirksame Handlungsweisen werden mehr denn je gerade von uns erwartet. Unsere Themen, unsere Äußerungen und Handlungen treffen die Lebensinteressen der Menschen in unseren Kommunen. Wir werden zunehmend zur Lösung der Probleme gesucht. Die Menschen glauben immer weniger den vom Leben abgehobenen Phrasen der CDU und FDP und der gewandelten Politik der SPD, die maßgeblich Verantwortung tragen für die unsoziale Politik im Land.

Politische Arbeit findet in unserer Region fast ausschließlich in der Freizeit statt und wird unentgeltlich geleistet. Sie wird umso umfangreicher geleistet, je besser es den Vorständen gelingt, mit klaren Ansagen Lust auf Politikmachen zu vermitteln, aber auch geleistete Arbeit anzuerkennen. Damit haben wir jedoch unsere Probleme –



Öffentlichkeitsarbeit in Staßfurt:

Infostand beim Salzlandfest 2011

(Foto: privat)

es wird zu schnell vergessen oder zur Tagesordnung übergegangen. Wahlkämpfe, davon hatten wir in den letzten Jahren genügend, sind die wirkungsvollste Aktionsform in der Politik. Anerkennung und Wertschätzung der Menschen erfahren wir jedoch auch, wenn wir zwischen den Wahlkämpfen regelmäßig politische Präsenz zeigen. Die ausgeprägtesten Formen der Öffentlichkeitsarbeit sind die regelmäßigen Informationsstände, die nicht nur zu Kampagnen durchgeführt werden. Bei massenpolitischen Veranstaltungen wie Salzlandfest, 1. Mai, „Tag der Region“ zeigen wir wirksame Präsenz, manchmal auch entgegen dem Willen mancher vermeintlicher Demokraten. Die gezeigte Resonanz auf veranstaltete Foren und Gesprächsrunden zu aktuellen kommunalen Problemen im Territorium macht uns Mut, hier in Zukunft kontinuierlicher zu handeln. Mitglieder unserer Partei tragen zur Information und zur Meinungsbildung bei, befördern Aktionen und organisieren, wenn nötig, auch Widerstand, wie im Kampf gegen Rechts, gegen

Umweltbelastungen und undemokratisches Verhalten z. B. des Landrates beim Klinikverkauf. Es muss jedoch noch mehr zum Alltagshandeln von uns werden, überall dort mit dabei zu sein, wenn sich die Handlungen gegen die Menschen richten.

Bei allem möglichen Wollen zur Kampagnefähigkeit müssen wir jedoch auch realistisch unsere Altersstruktur und technischen Möglichkeiten einschätzen. Leider stehen zur Durchführung zu wenig mobile Mitglieder zur Verfügung und die Email-Kommunikation hat noch nicht die ausreichende mobilisierende Wirkung.

Eine bestehende Übersicht über die Interessenlage unserer Mitglieder ermöglicht dem Vorstand, diese Mitglieder gezielt mit schriftlichem Informationsmaterial der Partei und der Fraktionen zu versorgen. Gleichzeitig ist dies eine gute Voraussetzung, um sie gezielt zu bestimmten Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden, Materialverteilungen oder Stammtischen einzuladen.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

Wohin entwickelt sich die Partei?

Birke Bull

Viele der gesellschaftlichen Probleme zeigen sich auch in unserer Partei, da beißt die Maus keinen Faden ab: Das hohe Durchschnittsalter der Mitglieder zeigt an, dass wir zu wenig junge Menschen für eine dauerhafte Mitgliedschaft gewinnen konnten. Viel zu wenige der

neuen Mitglieder bleiben auch. Die Klage vieler Vereine, Verbände und Gewerkschaften, dass sich zu wenige Menschen verlässlich und über längere Zeit in Strukturen einbinden möchten, ist auch für DIE LINKE ein Problem. Der Traum von einer linken Massenpartei – so er-

strebenswert er auch sein mag – scheint eher der Vergangenheit anzugehören. Es ist also nötig, sich den Gegebenheiten und den Problemen nüchtern und realistisch zu stellen.

Die Welt verändert sich, die Bedürfnisse, ... *weiter auf Seite 3*

Mit 14 Jahren Mitglied der Partei DIE LINKE

Agnetha Jethon

Ich bin 14 Jahre alt und seit Januar 2012 Mitglied der Partei DIE LINKE. Ich bin in DIE LINKE eingetreten, weil ich politisch sehr interessiert bin. Das liegt wohl unter anderem daran, dass bei uns zu Hause viel über das Geschehen auf den verschiedenen politischen Ebenen diskutiert wird. Im Sozialkundeunterricht – ich besuche die 9. Klasse des Gymnasiums Carolinum in Bernburg – werden ebenfalls regelmäßig aktuelle Themen erörtert. Dabei stört mich oftmals die unsoziale Meinung meiner Mitschüler, insbesondere bei der Thematik Hartz IV. Viele von ihnen bezeichnen Hartz IV-Empfänger unter anderem als „Belastung für den Staat“, worin sich nach meiner Auffassung die Unwissenheit dieser Mitschüler widerspiegelt. Neben der Politik interessiere ich mich



Neu bei der LINKEN im Salzlandkreis: Agnetha Jethon aus Nienburg

(Foto: privat)

für Geschichte und den Reitsport, den ich seit fast 8 Jahren regelmäßig betreibe. Ich habe eine Katze, 6 Kaninchen und ein Aquarium. Weiterhin spiele ich gern Fußball (ich bin Fan vom FC Bayern München) und

reise gern in andere Länder, wie z. B. nach England oder Dänemark.

Agnetha Jethon ist Mitglied der BO Nienburg

... Fortsetzung von Seite 2

die Formen des Engagements und das politische Interesse – vor allem von jungen Menschen – wandeln sich. Wir stehen vor der Aufgabe, dass weniger Mitglieder mehr WählerInnen aktivieren müssen. Eine Gruppe im Parteivorstand hat sich deshalb auf den Weg gemacht, in einem Konzept „DIE LINKE 2020“ Vorschläge zu unterbreiten. Die Frage ist, wie es gelingen kann, die Identifikation der Mitgliedschaft zu stärken – durch tatsächliche Teilhabe und Mitbestimmung, durch mehr Transparenz und Kommunikation. Leichter aufgeschrieben als umgesetzt. Noch ist die Kultur in unserer Partei sehr viel stärker durch Betreuung und Führung als durch selbst bestimmtes Mitmachen geprägt. Das Image der Kümmererpartei sollten wir nicht aufgeben, aber vielleicht ergänzen mit ganz neuen Organisationsformen und Methoden: die kleinere Diskussionsrunde mit ausgesprochen kurzem Einführungsimpuls und viel Raum für kontroverse Argumente, denen wir mit Interesse und nicht mit Anfeindung entgegen sollten, vielleicht ein politischer Aschermittwoch, der gemeinsam vorbereitet und gestaltet

wird und nicht nur von einem eingekauften Kabarettisten lebt, gemeinsame Projekte die – vielleicht auch zeitlich begrenzt – konkrete Vorschläge für die Politik in der Kommune erarbeiten – so zum Beispiel das Konzept eines Sozialpasses, verschiedene interessensbezogene Gruppen in der Partei, die für so manchen Neuling vielleicht auch die traditionelle Basisgruppe ersetzen dürfen, die monatliche Gesprächsrunde, die vor allem von den selbst gesetzten Beiträgen der TeilnehmerInnen lebt, über die man sich anschließend austauscht. Alles das sind nur wenige Vorschläge, die sich aus der Kreistour des Landesverbandes ergeben haben. In jedem Falle können Ideen nicht ersetzt werden durch eine riesige Palette von administrativen Vorgaben und einem ausufernden Berichtswesen aus dem Karl-Liebknecht-Haus. Ein Bildungsverantwortlicher schafft noch keine Bildungsangebote, die auch angenommen werden. Eine Beratung schafft noch kein attraktives Parteileben. Eine Festlegung, welche Funktionen in einem Vorstand besetzt werden müssen, bringt noch keine GenossInnen, die bereit sind, diese

Funktionen zu übernehmen. Und auch der Erfolg einer Kampagne wird nicht nur davon abhängen, dass sie gut vorbereitet und organisiert ist, sondern vor allem auch davon, ob sie den Nerv der Bevölkerung trifft und das Thema der Kampagne die GenossInnen motiviert, teilzuhaben und mitzutun. Viele Formalien ersetzen keine Inhalte und schaffen per se auch keine motivierenden Anreize. Dort liegt die Kritik unseres Landesverbandes begründet. Der Landesvorstand hat das Konzept in mehreren Beratungen diskutiert und mit den Kreisvorsitzenden beredet. Der Abschlussbericht liegt vor. Aber die Diskussion darum wird keineswegs beendet sein. Denn auf der Suche nach neuen Formen politischen Engagements in oder nahe einer Partei sind alle deren Mitglieder gefragt.

Informieren und mitmischen kann man unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/like2020>.

MdL Birke Bull ist stellvertretende Landesvorsitzende

Zur Bundeskonferenz der Kreisvorsitzenden

Friedrich Schütz

Der Geschäftsführende Parteivorstand führte am 17. März im Design-Hotel Wienecke in Hannover die diesjährige Bundeskonferenz der Kreisvorsitzenden durch. Etwa 200 Kreisvorstände waren durch ihre Vorsitzenden oder Stellvertreter/innen bzw. Sprecher/innen vertreten. Als Vertreter des Salzlandkreises nahm ich an dieser Veranstaltung teil.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes Hannover und der Eröffnung durch die Bundesgeschäftsführerin Caren Lay sprach die Parteivorsitzende Gesine Löttsch zum Schwerpunkt „DIE LINKE stärken“. Dazu wurden anschließend fünf Foren zu den Themen Mitgliedergewinnung, politische Bildung, unsere Medien, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie DIE LINKE als Partei des Alltags durchgeführt. Nach der Mittagspause hielt der Parteivorsitzende Klaus Ernst die Einleitungsrede zum Schwerpunkt „Unser Programm in die Praxis umsetzen“, wozu ebenfalls fünf Foren stattfanden. Erwähnt seien nur „Gute Arbeit, gute Löhne und soziale Sicherheit für alle“ sowie „Gegen Militarismus und Krieg“. Mit einer kurzen Vorstellung der Arbeitsergebnisse der Foren endete die Konferenz.

Gesine Löttsch ging in ihrer Rede davon aus, daß es ein Irrtum war, wenn man nach dem Superwahljahr 2011 in diesem Jahr mit einem etwas ruhigeren Verlauf rechnen könne. Bereits „morgen“ steht die Wahl des Bundespräsidenten an, und drei Landtagswahlen werden in der nächsten Zeit folgen. Sie bezeichnete Beate Klarsfeld, die Kandidatin der LINKEN, als eine „großartige Kandidatin“ und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie viele Stimmen bekomme. Joachim Gauck, der Kandidat der vier anderen Bundestagsparteien, „will genau das Gegenteil von dem, wofür wir stehen.“ Er ist für sie im Gegensatz zu der Auffassung der Zeitung „Bild“ ein „Präsident der kalten Herzen.“

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen haben nach der Auffassung der Vorsitzenden die Bedeu-

tung einer „kleinen Bundestagswahl“. Sie erinnerte daran, daß es nach der Wahl im Jahre 2010 mit der Unterstützung der LINKEN zu einem Politikwechsel kam. Unsere Partei wünscht hier, so wie auch in den anderen Ländern, eine Regierung der sozialen Gerechtigkeit. Sie wird deshalb einen sehr engagierten Wahlkampf führen – und unsere Chancen dabei sind nicht schlecht.

Zur Entwicklung in unserem Land hob sie hervor: „Die Spaltung der Gesellschaft schreitet voran. Der Geldadel gewinnt immer mehr Einfluß auf die Politik.“ Sie forderte eine Entfernung der Lobbyisten aus dem Kanzleramt und setzte sich für die bekannte Forderung der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten ein, was die Einführung eines neuen Steuersystems voraussetzt. Sie beendete ihre Ausführungen mit dem Hinweis auf die Losung des Erfurter Parteitages „Freiheit, Würde, Solidarität“.

Zu den Ergebnissen der Arbeit in den Foren möchte ich einige Gedanken zu dem zur politischen Bildung anführen. Daniel Wittmer, Mitarbeiter dieses Bereichs in der Bundesgeschäftsstelle, informierte die Vorsitzenden zunächst sehr umfassend über den Stand der durch den Bereich und die Kommission Politische Bildung geleistete Arbeit sowie die weiteren Vorhaben. In der sich daran anschließenden Diskussion konnten einige Teilnehmer/innen auf gute Ergebnisse verweisen. Insgesamt wurde aber, wie auch bereits im Vorjahr, meine Vermutung bestätigt, daß die Unterschiede zwischen den Kreisverbänden auf diesem Gebiet viel zu groß sind.

Klaus Ernst ging von der Feststellung aus, daß DIE LINKE als einzige Partei in Deutschland ein Programm hat, „das ausreichend auf die Probleme in Deutschland und Europa eingeht“. Damit steht aber die Partei auch vor großen Herausforderungen, in den kommenden Wochen, ganz besonders bei den anstehenden Landtagswahlen, wobei es von der SPD kein Bemühen gibt, mit der LIN-

KEN zusammenzuarbeiten.

Zur sozialen Situation der Menschen in Deutschland machte er darauf aufmerksam, daß fast ein Viertel der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnbereich tätig ist. Es ist als ein Erfolg der LINKEN zu werten, wenn sich alle Parteien mit dem Mindestlohn befassen, aber es letzten Endes doch an den erforderlichen Initiativen zu deren Umsetzung mangelt. Zu anstehenden Problemen verwies er auf den bevorstehenden Verlust von etwa 12.000 Arbeitsplätzen im Schlecker-Konzern. Im Zusammenhang mit den Überschüssen der gesetzlichen Krankenversicherung forderte er die Abschaffung der Praxisgebühr und ein sozial vernünftiges Gesundheitssystem.

Wir brauchen, so der Redner, „eine Offensive für höhere Löhne, Sozialleistungen und Renten“. Die nächste Rentenerhöhung ist, bedingt durch die Inflation, praktisch eine Nullrunde. DIE LINKE muß und wird immer auf der Seite der abhängig Beschäftigten stehen. Sie ist die Partei, die für den Erhalt des Sozialstaates kämpft, für den Frieden eintritt und die Demokratie verteidigt.

Ich meine: Diese Konferenz, in deren Vorbereitung zum ersten Mal eine Gruppe von Kreisvorsitzenden einbezogen war, war ein wichtiger Höhepunkt in bezug auf den Meinungs austausch zwischen der Parteiführung und der Basis. Wenn die Reden der beiden Vorsitzenden ständig durch Beifall begleitet wurden, so ist es doch ein Ausdruck für übereinstimmende Ansichten in beiden Ebenen. Für eine gründliche Auswertung der Konferenz halte ich es aber für erforderlich, daß die vielen guten, in den Foren geäußerten Ideen und gemachten Vorschläge allen Kreisverbänden übermittelt werden.

Die Krise der Europäischen Union spitzt sich zu

Jan Korte

Je länger die Krise innerhalb der Eurozone dauert, umso deutlicher wird, dass diese eine ernste Bedrohung für die weitere europäische Integration darstellt. Aber anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die diese Krise ausgelöst haben, zu brechen oder wenigstens in Frage zu stellen, haben die europäischen Behörden, unter dem politischen Druck von Merkel und Co, Griechenland und anderen Ländern massive Sparprogramme auferlegt sowie eine zentrale Strategie ausgearbeitet, damit in allen Mitgliedsstaaten eine restriktive Haushaltsdisziplin durchgesetzt wird. Die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) wird so gezielt untergraben. Was bedeutet dies nun ökonomisch und politisch?

Inzwischen ist ein schwer zu überschauender Rettungsflickenteppich entstanden. Die Summen, die von Politikern und Ökonomen für nötig befunden werden, um die Finanz- und Bankenkrise in den Griff zu bekommen, werden immer größer. Selbst die erst kürzlich zusätzlich bewilligten 500 Milliarden für den Euro-Rettungsschirm scheinen inzwischen nicht mehr zu genügen, teilweise ist von Summen bis zu 1,5 Billionen Euro die Rede. Aufgrund der restriktiven, fiskalpolitischen Maßnahmen ist die Nachfrage in Europa stark zurückgegangen und Wirtschaftsprognosen sehen für 2012 eine Quasi-Stagnation voraus. Dies wird die Schwierigkeiten, denen sich die Defizitländer bei der Bedienung ihrer Schulden gegenüber sehen, weiter verschärfen.

Überall werden Forderungen nach Privatisierung (alleine Griechenland muss bis 2015 Privatisierungserlöse von 50 Mrd. Euro erzielen) und Deregulierung der Arbeitsmärkte laut. Der Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, droht ganz offen: „Die Europäische Union wird das Privatisierungsprogramm künftig so eng begleiten, als würden wir es selbst durchführen“. Selbst eine Zwangsverwaltung nach dem Vorbild der Treuhandanstalt ist bereits im Gespräch. Fast hat es den Anschein, als ob der Neoliberalismus fröhlich seinem Grab entsteigt.

Dass die Politik der Bundesregierung jedoch nicht nur dem Festhalten an einer gescheiterten Ideologie, sondern ganz handfesten wirtschaftlichen Interessen geschuldet ist, zeigt sich hier:

Vor allem deutsche Unternehmen profitieren an den bisherigen „Hilfen“ für Griechenland und den durch EU, EZB und dem IWF verordneten Privatisierungen. So konnte die Deutsche Telekom ihren Anteil an der griechischen Telefongesellschaft OTE für 400 Mio. Euro um 10 Prozent ausbauen. Beim Einstieg der Telekom 2008 hatte es noch heftigen Widerstand gegeben, heute würde die griechische Regierung OTE inzwischen vollständig unter Wert an die Telekom abtreten. Auch der Athener Flughafen soll verkauft werden. Hier ist der Flughafenbetreiber Fraport interessiert, 40 Prozent hält bereits der Baukonzern Hochtief. Zum Verkauf stehen die zwei größten Häfen des Landes (Thessaloniki, Piräus), weitere Flughäfen, das staatliche Glücksspielunternehmen (OPAP), die Gaswerke (DEPA), die griechische Waffenindustrie sowie Erdgasvorkommen bei Kavala, die Mautrechte der griechischen Autobahnen, Teile der Elektrizitätsgesellschaft (DEI) sowie eine Aluminiumfabrik, ein Kasino nahe Athen und Immobilien in Staatsbesitz. Die griechische Regierung wurde zudem dazu verpflichtet, ihre Beteiligung an der Hellenischen Postbank zu verkaufen (34 Prozent), außerdem mehr als die Hälfte ihrer Beteiligung an der Wasserversorgungs- und Abwassergesellschaft Thessaloniki (74 Prozent).

Der europäische Fiskalvertrag ist ein massiver Angriff auf Sozialstaat und Demokratie. Wer einem derartigen Sozialkürzungspakt zustimmt, handelt verantwortungslos, denn er riskiert die Spaltung und Verarmung Europas. Und er wird Europa in einen Teufelskreis führen: Die erzwungenen Ausgabenkürzungen werden eine Rezession und bewirken, dass Arbeitslosigkeit und Armut werden weiter drastisch zunehmen. Die Schuldenlast wird sich durch die Rezession erhöhen, was dann zu noch schärferen Kürzungen

führt. Hinzu kommt, dass demokratische Handlungsspielräume unwiderruflich beschnitten werden: Hat ein Staat erst einmal eine Schuldenbremse in seiner Verfassung verankert, wird es künftigen Regierungen kaum noch möglich sein, sie wieder abzuschaffen. Durch immer dreistere Angriffe auf die Rechte von Beschäftigten, Rentnern und Erwerbslosen soll offenkundig das Geld wieder eingetrieben werden, das für die Rettung der Banken verpulvert wurde und wird.

Die Opposition im Bundestag hätte nun die Möglichkeit, diese unsinnige Politik zu stoppen und den Fiskalvertrag zu verhindern. Zumindest DIE LINKE wird alles dafür tun. Bei SPD und Grünen hingegen sieht es anders aus. Die SPD hat bereits signalisiert, dass sie der Koalition gegen kleine Zugeständnisse zur erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit verhelfen will. So wird das europaweite Steuer- und Lohndumping vermutlich ungebremst weitergehen und der Kapitalflucht kein Riegel vorgeschoben werden.

DIE LINKE hat Alternativen: Sie fordert ein sofortiges Ende der Kürzungsdiktate. Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte in der Eurozone muss über eine öffentliche europäische Bank sichergestellt werden, die wiederum zinsgünstige Kredite bei der EZB erhält. Die Staatsschulden sind durch einen harten Schuldenschnitt und eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch zu senken. Im Fall Griechenlands muss der Staat umgehend von 75 Prozent seiner Schulden befreit werden. Nur wenn die Finanzierung der öffentlichen Haushalte auch durch eine höhere Besteuerung von Reichen und großen Konzernen geschieht, kann sie dauerhaft auf eine solide Grundlage gestellt werden.

Frauentag in Staßfurt

Franz Meier

Anlass zum Feiern haben eigentlich die Frauen in unserem Land zum 8. März in diesem Jahr kaum. Darüber waren sich auch die Teilnehmerinnen der Frauentagsveranstaltung der BO Staßfurt und der AG-Senioren einig. Das kam auch in den Begrüßungsworten des BO-Vorsitzenden Ralf-Peter Schmidt zum Ausdruck.

Die langjährige LISA-Vorsitzende Bärbel Mühlberg gab in ihrem Vortrag eine historische Übersicht über den Kampf um Frauenrechte seit der Initiative Clara Zetkins von 1910.

An vielen Beispielen konnte sie nachweisen, dass die Gleichstellung der Frauen auch in Deutschland immer noch nicht erreicht wurde. Davon zeugen die großen Unterschiede in der Bezahlung für gleiche Arbeit, die immer noch ca. 20 % betragen, der geringere Anteil von Frauen in Führungspositionen, der große Frauenanteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Altersarmut.

Ralf-Peter Schmidt versicherte den Anwesenden, dass sich DIE LINKE in Staßfurt und im Salzlandkreis auch künftig für Gleichheit auf allen Gebieten einsetzen wird. Dies auch im Gegensatz von öf-



Der BO-Vorsitzende Ralf-Peter Schmidt begrüßt die Gäste beim Frauentag in Staßfurt (Foto: privat)

fentlichen Aktivitäten einiger CDU-Politiker zum Frauentag. Sie verteilten in Staßfurt zwar auch Rosen an die Frauen, aber in ihrem praktischen Handeln, z.B. bei den Kindertagesstätten, wollen sie diese an den Herd verbannen.

In gemütlicher Atmosphäre, bei Kaffee, Kuchen und einem Glas Sekt, wurden viele angeregte Gespräche geführt. Alle anwesenden Mitglieder und Sym-

pathisantinnen waren der Meinung, es war eine würdige Veranstaltung.

Franz Meier ist Mitglied des Kreisvorstandes

Frauentagsfeier der BO Bernburg Süd-Ost

Elke Rehmann

Wie in jedem Jahr traf sich die BO Süd-Ost in „Laufs Gaststätte“ zum gemütlichen Beisammensein, um den Internationalen Frauentag zu begehen. 15 Mitglieder folgten diesmal der Einladung. Nicht nur die Frauen, auch einige Männer nutzten die Gelegenheit, sich bei Kaffee und Kuchen über aktuelle politische Themen auszutauschen.

Der BO-Vorsitzende, Carsten Marx, begrüßte alle Anwesenden mit einer kurzen Rede, danach war gute Laune angesagt. Für die kulturelle Umrahmung sorgten 3 Mädchen der Akrobatengruppe des Nienburger Carneval-Clubs. Die aufgeführten Darbietungen begeisterten alle und wurden mit großem Beifall belohnt.

Der BO-Vorstand möchte sich auf diesem Wege bei allen bedanken, die zum Ge-



Frauentagsfeier in Bernburg

(Foto: privat)

lingen unserer Feier beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt der Familie Lauf, die immer bereit ist, uns bei derartigen

Veranstaltungen zu unterstützen.

Elke Rehmann ist Mitglied im Kreisvorstand

Jan Korte in der Verbandsgemeinde Egelner Mulde

Jörg Lemmert

Im Mittelpunkt eines Wahlkreistages von MdB Jan Korte am 12. März sollte nach längerer Zeit mal wieder die Egelner Mulde stehen. Aufgrund massiver Verspätungen bei der Deutschen Bahn fiel der erste Termin in der Unseburger Heimatstube leider aus, wird aber natürlich nachgeholt.

Zum anschließenden Besuch im Schulzentrum Egelne waren aber alle Beteiligten pünktlich. Dort ließ sich der Abgeordnete einen Erweiterungsbau von Grund- und Sekundarschule erklären. Nach über 2 Jahren Vorbereitung wird seit letztem Herbst das Bestandsgebäude mit 3,4 Mio Euro Zuschuss von der EU saniert und erweitert. Bei einem Gespräch mit Schulleiterin Frau Sehnitz, Schulamtsleiter Freund und Dezernentin Czuratits wurde bei dem Termin außerdem leidenschaftlich über Bildungspolitik diskutiert.

In der alten Bodestadt stand auch ein Besuch in der Wasserburg auf dem Programm. „Burgherr“ Uwe Lachmuth führte

durch die über 800-jährigen Gemäuer, die u.a. ein Museum, ein Hochzeitszimmer und Räume für kulturelle Veranstaltungen beherbergen. Die 1995 von der Stadt erworbene Burganlage gilt heute als kulturelles Zentrum Egelns und lockt dank des Einsatzes des Fördervereins Wasserburg Egelne e.V. regelmäßig Gäste von nah und fern zu den zahlreichen Veranstaltungshöhepunkten.

Neben der Verbandsgemeinde stand an diesem Tag auch Hecklingen auf dem Programm. Im dortigen DRK-Altenpflegeheim führten DRK-Kreisgeschäftsführer Marschewka, Heimleiterin Liedtke und Pflegedienstleiterin Koch Jan Korte durch die moderne Anlage und berichteten über aktuelle Entwicklungen bei der Pflege und Betreuung von alten Menschen. Der Kreisgeschäftsführer informierte außerdem über die Arbeit des Kreisverbandes Staßfurt-Aschersleben, der mit seinen ca. 130 hauptamtlichen Mitarbeitern u.a. auch eine Kleiderkammer, eine Rettungswache und eine



Auf der Wasserburg in Egelne (Foto: privat)

Sozialstation betreibt.

Am Abend ging es weiter nach Bernburg, wo am nächsten Tag erneut ein Hartz IV-Infotag mit Rechtsanwältin MdB Halina Wawzyniak auf dem Programm stand.

DIE LINKE Bernburg beteiligt sich an der Infostand-Wette

Jörg Lemmert

Der Lokalpolitiker Klaus Jann aus Wülfrath in Nordrhein-Westfalen hatte Anfang des Jahres erneut zu einer Wette aufgerufen: Mit einer Unternehmerin seines Heimatortes wettete er, dass es am 3. März mindestens 400 Infostände der LINKEN in ganz Deutschland geben wird. Bei Gelingen des Vorhabens wollte die Wettpartnerin 4 Euro für jeden Stand an die Aktion „Milch für Kubas Kinder“ überweisen. Eine ähnliche Wette gab es bereits 2010 zum Thema Sparpaket der Bundesregierung. Tatsächlich sollte es Klaus Jann erneut gelingen, bundesweit genug MitstreiterInnen für seine Idee zu finden. In Sachsen-Anhalt waren es 43 und bundesweit dann sogar 430. Auch der Ortsverband Bernburg hatte beschlossen, sich an der Aktion zu beteiligen. Da aufgrund des Wochenta-

ges (Samstag) der gewohnte Standort auf dem Karlsplatz nicht in Frage kam, ging es vor das Einkaufszentrum Zepziger Passage. Dort fand sich dann der gesamte Ortsvorstand der LINKEN, der kürzlich erst neugewählt worden war, ein. Im dichten Einkaufstrubel war die bevorstehende Bundespräsidentenwahl ein zentrales Thema beim Gespräch mit den BürgerInnen. Die Bernburger GenossInnen informierten darüber, warum Joachim Gauck für DIE LINKE nicht wählbar ist und brachten reichlich Material unter die BernburgerInnen.

Klaus Jann hat es also wieder geschafft, eine bundesweite öffentlichkeitswirksame Aktion auf die Beine zu stellen und darüber hinaus noch reichlich Geld für ein sinnvolles Projekt zu sammeln. Allein von der Unternehmerin gehen jetzt 1720 Euro an Kubas Kinder. Hinzu kom-



Am Stand in Bernburg (Foto: privat)

men noch zahlreiche Spenden, die an den Ständen gesammelt wurden.

Als kleines Dankeschön für sein Engagement wurde Klaus Jann jetzt übrigens von der Landtagsfraktion in NRW als Wahlmann für die Bundesversammlung nominiert.

Bernburg ist schuldenfrei

Udo Riedel

Am 16. Februar diesen Jahres tagte wieder der Bernburger Stadtrat und man kann wohl durchaus sagen: Es handelte sich um eine historische Sitzung! Nicht unbedingt dass sie sehr spektakulär war, aber es gab einen Beschluss, den so vor wenigen Wochen wohl noch niemand erwarten konnte. Der Tagesordnungspunkt 8 hieß lediglich: „1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 der Stadt Bernburg(Saale)“, was aber dort beschlossen werden konnte, war nichts Geringeres als das Ende der Konsolidierung für die Stadt Bernburg(Saale). Das Ende der Phase strengster Haushaltsdisziplin, welche seit Jahren den Stadtrat gezwungen hat, in vielen Fällen der so genannten freiwilligen Ausgaben „Nein“ sagen zu müssen. Dem aufmerksamen Leser unserer Zeitung dürfte in Erinnerung sein, dass für die Stadt Bernburg(Saale) lange Zeit das Jahr 2018 geplant war, als das Jahr, in dem wir die Konsolidierung, d.h. die Abtragung aller Altschulden, geschafft haben. Der Richtigkeit wegen muss man allerdings sagen: Die „alten Defizite“, sprich die längerfristigen Inves-

titionsdarlehen, werden natürlich auch weiterhin vertragsgemäß getilgt. Es ging „nur“ um den Abbau der Defizite, die durch die Notwendigkeit höherer laufender Ausgaben gegenüber den erzielten laufenden Einnahmen in den Jahren seit 2002 aufgelaufen waren. Wie kam es nun dazu, dass dieses Konsolidierungsziel vorfristig erreicht werden konnte? Es gab, neben ein paar kleineren positiven Veränderungen gegenüber dem bisherigen Haushaltsplan insbesondere zwei Punkte, welche ursächlich für diese Verbesserung waren. Zum einen war dies ein zusätzlicher Geldregen aus Magdeburg. Für die Lasten die im Rahmen der Eingemeindungen auf Bernburg zugekommen sind, erhält die Stadt eine Zuweisung im Rahmen der Gebietsreform in Höhe von rund 2,2 Mio Euro. Die zweite Quelle der Verbesserung ist eine eher zwiespältig zu sehende. Aufgrund eines endgültigen Bescheides zur Steuerprüfung der Jahre 2005 – 2008 der Bernburger Freizeit GmbH ergibt sich für diese eine zu leistende Steuernachzahlung nebst Zinsen von rund 4,0 Mio Euro. Einen Teil dieser

Summe (ca. 1,6 Mio) erhält die Stadt als anteilige Gemeindesteuern. Diese Situation des sogenannten „steuerlichen Querverbundes“ zwischen der Bernburger Freizeit GmbH und den Stadtwerken Bernburg ist ein wenig komplizierter als dass man sie hier an dieser Stelle ausführen könnte. An dieser Stelle sei einfach hervorgehoben, dass sich für die Stadt erst einmal der positive Effekt ergibt, dass die noch offenen Defizite aus den Vorjahren in diesem Jahr endgültig getilgt werden können und wir von den Fesseln der Konsolidierung befreit sind. Ein Dank gebührt dabei sicher auch der Leiterin der Kämmerei Frau Dr. Silvia Ristow und ihrem Team, welche mit einer - Alles in allem - klugen Haushaltsführung diesen Erfolg ermöglicht haben. Aber natürlich hat auch der Stadtrat mit seinen Entscheidungen der vergangenen Jahre dazu beigetragen, dieses Ziel zu erreichen. An uns wird es auch liegen, die nächsten Jahre so zu gestalten, dass die Gefahr eines Rückfalles unbedingt verhindert wird.

Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat

Vertragsbruch wurde vom Güstener Stadtrat perfekt gemacht

Tobias Pochanke

Am Montag, dem 27. Februar 2012, wurde vom Güstener Stadtrat der Vertrag mit der ehemaligen selbständigen Gemeinde Amesdorf endgültig gebrochen. Dabei geht es um die an die Bürger von Amesdorf und Warmsdorf versandte Erhöhung der Grundsteuern. In einem im Mai 2009 beschlossenen und auch vom Güstener Bürgermeister Zander unterzeichneten Gebietsänderungsvertrag wurden unter §10 die Grundsteuern für gerademal fünf Jahre bis zum 31.12.2014 festgeschrieben. Nun ist der Vertrag angeblich in diesem Punkt nicht mehr gültig, da Zanders Parteifreund Bullerjahn (SPD) ihm und anderen klammen Kommunen zum offenen Vertrags-

bruch rät. Ob das noch Recht ist?

Viele Bürger haben gegen den Grundsteuerbescheid Widerspruch eingelegt. Der Verbandsgemeindebürgermeister Steffen Globig bestätigte den Eingang der Widersprüche und drohte gleichzeitig: falls der Widerspruch nicht zurückgenommen wird, werden dem Bürger Gebühren auferlegt. Bürger, die gegen eine noch nicht rechtmäßig vom Stadtrat der Stadt Güsten beschlossene Grundsteuererhöhung Widerspruch einlegen, sollen, wenn sie sich weiter an Recht und Gesetz orientieren, mit Gebühren bestraft werden. Dabei wäre es seine Aufgabe gewesen, gegen den bereits im November 2011 gefassten Beschluss, Widerspruch einzulegen, weil er gegen den Gebietsänderungsvertrag verstößt. Lediglich der Abgeordnete

Brink (DIE LINKE) rief die Kommunalaufsicht an, die den Beschluss wegen Formfehler negierte. Der Verbandsgemeindebürgermeister hat die Möglichkeit nach § 5 (2) der Gebührensatzung der Verbandsgemeinde Saale-Wipper, von Gebühren gänzlich abzusehen, da es sich hier ganz deutlich um ein öffentliches Interesse handelt.

Alle Bürger, die keine Rechtsschutzversicherung haben, sollten eine kurze Erklärung mit Absender und Kassenzettel bei der Verbandsgemeinde abgeben, in der sie mitteilen, dass sie ihren Widerspruch bis zur endgültigen Klärung ruhen lassen.

Die juristische Aufarbeitung kann länger dauern. Aber vielleicht wird sie ja auch nicht nötig, und der Stadtrat beweist: VERTRAG IST VERTRAG!

Jahresrückblick der BO Bernburg- Talstadt

Hella Käthner

Zu unserem Jahresrückblick der Basisgruppe „Talstadt“ über das Jahr 2011 konnten wir durchaus wieder eine positive Bilanz ziehen. Hierzu nutzen wir immer die Jahresabschlußversammlung, die wir gleichzeitig als kleine Weihnachtsfeier gestalten mit einer Tasse Kaffee und selbst gebackenen Kuchen. Wir mußten feststellen, daß viele unserer Genossinnen und Genossen sehr gealtert sind und an den Versammlungen nicht mehr teilnehmen können. Der älteste Genosse ist bereits im hohen Alter von 91 Jahren. Bei unserer gesamten Basisarbeit ziehen wir besonders die Hilfe unserer Sympathisanten mit hinzu. Diese sind immer sehr verlässlich und fleißig. Wir haben sie in die einzelnen Wirkungsbereiche mit eingestellt; es hat jeder seine Aufgabe, die sonst nicht zu schaffen wäre.

Wir führten im Jahre 2011 sechs Versammlungen durch, die wir mit einer zufriedenstellenden Teilnahme quittierten. Wir legten besonders Augenmerk auf die in den einzelnen deutschen Ländern stattgefundenen Wahlen, mit der Auswertung des mäßigen Erfolges der Partei

DIE LINKE. Verbunden mit der Vorbereitung auf die Wahlen in Sachsen- Anhalt und der daraus erwachsenen Aufgaben für unsere Basisgruppe. Bei der Wahlvorbereitung haben sich wieder viele Genossinnen und Genossen sowie Freunde aktiv mit eingebracht. Sei es bei der Verteilung der 3000 Wahlzeitungen und anderen Wahlmaterialien, sei es beim Plakatieren oder an den Ständen und in Wahlversammlungen.

In unseren Versammlungen diskutierten wir z.B. zur Behindertenpolitik, zur Rolle der Banken in der Finanzkrise. Desweiteren hatten wir den Genossen Schütz eingeladen, der eine Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Partei gab. Wir schätzen ein, daß aktuelle soziale Probleme den größten Zündstoff in der Diskussion geben und immer gefragt sind.

Aber auch anlässlich 100 Jahre Internationaler Frauentag führten wir wieder einen Frauentagskaffeenachmittag durch, zu dem 13 Frauen anwesend waren. Zu allen anderen Veranstaltungen, die vom Kreisverband organisiert wurden, waren Vertreter unserer Basisgruppe zugegen. Zu beachten ist auch immer, daß sich

in anderen Gremien Genossinnen und Genossen aktiv beteiligen, so in Sportorganisationen. Drei Mitglieder sind als Stadträte tätig und andere als beratendes Mitglied in der Stadtratsfraktion. Von Genossen unserer Basisgruppe wurde wieder die Beteiligung der LINKEN am Kutterrudern organisiert, Mitglieder der Stadtratsfraktion beteiligten sich am Kuchenbasar, dessen Erlös den Geschädigten des Hagelunwetters zugute kam. Stadträte aus unserer Basisgruppe hatten sich von dem Hagelschaden überzeugt.

Natürlich haben wir uns für das Jahr 2012 wieder Ziele gestellt: Die Diskussionen sollen aktueller und interessanter gestaltet werden, vor allem wollen wir auch mal kulturell und sportlich etwas veranstalten. So haben wir u.a. eingeplant, eine Exkursion nach Reppichau, des Dorfes in dem Eike von Repkow gelebt hat und die Bürger in einem Projekt dies nachgestaltet haben, sichtbar an den Häusern und öffentlichen Plätzen oder einen Besuch ins Mansfeld- Museum durchzuführen. Wenn wir das alles schaffen, haben wir genug getan.

Hella Käthner ist stellvertretende Vorsitzende der BO Bernburg- Talstadt

Von der Sitzung des Kreisvorstandes

Elke Rehmann

Am 7. März fand im Fraktionsbüro in der Staßfurter Grenzstraße eine turnusmäßige Tagung des Kreisvorstandes statt, die vom stellvertretenden Kreisvorsitzenden Klaus Magenheimer geleitet wurde. Es waren 12 Vorstandsmitglieder und als Gast der Regionalmitarbeiter Rainer Zühlke anwesend.

Als Erstes erfolgte eine Rückschau auf wichtige Ereignisse der vergangenen 4 Wochen. Erwähnt wurden dabei vor allem die Info-Stände in Aschersleben und Bernburg am Samstag, dem 3. März. Als weiterer positiver Aspekt wurde die regelmäßige Präsenz in Form von Info-Ständen und Veranstaltungen vor allem in Staßfurt und Bern-

burg hervorgehoben. Die interessierten Bürger wissen, dass unsere Partei auch außerhalb des Wahlkampfes ein verlässlicher Ansprechpartner ist.

Danach berichtete die Schatzmeisterin, Petra Giest, über die Finanzarbeit und die aktuelle Mitgliederbewegung. Im Bereich Finanzen hat unser Kreisverband im vergangenen Jahr gut gearbeitet und somit einen positiven Betrag erwirtschaftet. In den letzten Wochen hatten wir einen leichten Mitgliederrückgang zu verzeichnen, was aber hauptsächlich der hohen Altersstruktur zuzuschreiben ist.

Zu dem Punkt „Informationen aus der Kreistagsfraktion“ sprach Sabine Dirlich. Im Kreistag war in letz-

ter Zeit die Verabschiedung des Haushaltsplanes 2012 ein wichtiges Thema. Außerdem ist immer noch der Verkauf der Salzlandkliniken aktuell. Unsere Fraktion bleibt bei ihrer geschlossenen Meinung, die Kliniken an Ameos zu veräußern.

Am Ende der Sitzung wurden bevorstehende Termine und Aktionen besprochen. Diese werden ebenfalls monatlich für die Mitglieder und Sympathisanten rechtzeitig bekanntgegeben.

Elke Rehmann ist Mitglied des Kreisvorstandes

3. Parteitag der Partei DIE LINKE einberufen

Friedrich Schütz

Der Parteivorstand hat auf seiner Tagung am 3. und 4. März die 1. Tagung des 3. Parteitages für den 2. und 3. Juni 2012 nach Göttingen (Niedersachsen) einberufen. Tagungsort ist die Lokhalle in der Bahnhofsallee. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es noch in diesem Jahr eine 2. Tagung geben wird, die sich unter anderem mit Satzungsänderungen befassen wird. Nach der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Tagesordnung werden nach der Eröffnung und Konstituierung des Parteitages zunächst die beiden Vorsitzenden eine Rede halten. Daran schließen sich die Generaldebatte sowie die Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag an. Den Delegierten werden folgende Berichte vorgelegt

- Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
- Tätigkeitsbericht des Bundesausschusses
- Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission

- Bericht der Bundesschiedskommission
- Gleichstellungsbericht

Wie auf jeder anderen 1. Tagung eines Parteitages werden auch dieses Mal die zentralen Organe der Partei neu gewählt. Das betrifft den Parteivorstand, die Bundesfinanzrevisionskommission und die Bundesschiedskommission. Mit besonderer Spannung wird die Wahl der beiden Vorsitzenden erwartet. Nach dem gegenwärtigen Stand kandidieren hierfür die Parteivorsitzende Gesine Löttsch und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag und frühere langjährige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Mit weiteren Kandidaturen ist zu rechnen. Ein weiterer Tagesordnungspunkt sieht die Behandlung der Berichte der Bundestagsfraktion der LINKEN und der Delegation der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke (GUE /NGL) vor. Es sei an

dieser Stelle darauf hingewiesen, daß nach dem Rücktritt Lothar Biskys Gabriele Zimmer den Vorsitz dieser Fraktion übernommen hat. Ob sich für den früheren Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine, für den in der Tagesordnung keine Rede vorgesehen ist, eine Gelegenheit dafür bieten wird, bleibt abzuwarten. Mit der Behandlung weiterer Anträge und einem Schlußwort endet die 1. Tagung des 3. Parteitages.

Am 1. Juni, also einen Tag vor der Eröffnung des Parteitages, findet von 17 bis 20 Uhr das Frauenplenum statt. Gesine Löttsch wird hier den weiblichen Delegierten den Leitantrag vorstellen. Dazu wird diskutiert und über entsprechende Anträge abgestimmt. Ferner soll über Vorschläge zu Satzungsänderungen debattiert und abgestimmt werden. Und schließlich ist vorgesehen, daß sich die Genossinnen über die Besetzung von Parteiämtern verständigen.

Vorstandswahl in der BO Bernburg Süd-Ost

Elke Rehmann

Am 27. Februar trafen sich 12 Mitglieder und 1 Sympathisantin im Saal des ASB Altenpflegeheimes „Rosenblick“ zur ersten Mitgliederversammlung diesen Jahres. Auf der Tagesordnung stand diesmal die Neuwahl des BO-Vorstandes.

Eingangs gab der Vorsitzende, Carsten Marx, einen Rückblick der im letzten Jahr stattgefundenen politischen Ereignisse, wie z. B. die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt oder die Kommunismus-Debatte, die unserer Partei eher geschadet als genutzt hat. Er hob hervor, dass sich die Führung der Partei darauf konzentrieren sollte, in Zukunft aktiv Politik zu machen, anstatt den Medien Anlass zu negativer Berichterstattung zu geben. Alle An-

wesenden gaben ihm in diesem Punkt recht.

Danach folgte der Rechenschaftsbericht des Vorstandes. An alle Mitglieder unserer BO wurde großer Dank für die Hilfe im vergangenen Wahlkampf (Zeitungsverteilung) ausgesprochen. Es wurde ebenfalls über die Mitgliederentwicklung berichtet, die wie in den meisten BO aufgrund der hohen Altersstruktur rückläufig ist. Erwähnt wurde ebenso die Verwendung der finanziellen Mittel im Jahr 2011.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurden die Kandidaten/innen für den neuen Vorstand vorgestellt: Carsten Marx, Rita Dietrich, Edeltraud Grzeschuchna und Elke Rehmann stellten sich zur Wiederwahl. Dario Wolf

erklärte sich zum 1. Mal bereit, im Vorstand mitzuarbeiten. Die Kandidaten/innen wurden einstimmig gewählt. Carsten Marx übernimmt wieder die Funktion des BO-Vorsitzenden, als Stellvertreterin steht ebenfalls wieder Rita Dietrich zur Verfügung. Carsten Marx bedankte sich bei den Mitgliedern im Namen des gesamten Vorstandes für das erneut entgegengebrachte Vertrauen.

Zum Schluss folgte noch eine rege Diskussion über aktuelle Themen. Dabei nahm die Wahl des Bundespräsidenten den höchsten Stellenwert ein.

Elke Rehmann ist Mitglied des Kreisvorstandes

10. Erwerbslosenfrühstück

Jana Lankau

Ein kleines Jubiläum wurde bei Erwerbslosenfrühstück im Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte begangen. Zum 10. Mal trafen sich am 12. März Erwerbslose, um sich bei Kaffee und frischen Brötchen über Fragen und Probleme auszutauschen. „Es soll ein Stück Selbstermächtigung werden“, so Birke Bull zu Beginn der Runde.

Die Hauptsorge betraf an diesem Montag die Kosten der Unterkunft. Die Pläne der Wohnungsgesellschaften, Häuserblocks zu restaurieren und mit Fahrstühlen zu versehen, werden Mietkostenerhöhungen nach sich ziehen. Befürchtet wird, dass dann viele Wohnungen nicht mehr den Richtlinien des Salzlandkreises für die Kosten der Unterkunft entsprechen. Umzüge stünden an. Aber schon jetzt ist es schwierig, Wohnraum zu finden, der „Hartz-IV-fähig“ ist. Das Jobcenter



Traditionelles Arbeitslosen Frühstück mit Birke Bull

(Foto: privat)

ist nicht in der Pflicht, geeignete Wohnungen nachweisen zu müssen. Das Ergebnis wird sein, dass die Betroffenen,

die keine Ausweichwohnung finden, auf den Mehrkosten sitzen bleiben und diese von ihrer Regelleistung bezahlen müssen.

LINKE Landtagsfraktion wieder auf Kommunaltour im Frühjahr 2012

Gerald Grünert

Bereits seit 1991 führt die Landtagsfraktion jährlich Kommunalreisen durch, die von den Akteuren vor Ort als sehr hilfreich eingeschätzt und dankend angenommen werden. Auch in diesem Jahr geht DIE LINKE Landtagsfraktion im Frühjahr mit einem breiten Themenangebot zwischen dem 30. April und dem 1. Juni wieder auf Kommunalreise.

Probleme mit hohen Grundwasserständen und Vernässungen; das Vergabegesetz; die Organisation der Rettungsdienste; die Zukunft der kommunalen Finanzausstattung (FAG), der öffentlichen Verwaltung und der

Sportförderung sowie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Kulturfinanzierung in den Kommunen sind nur einige der Themen, die die Abgeordneten der LINKEN bei dem Besuch zahlreicher Kommunen, Institutionen, Organisationen, Vereine und Verbände mit ihren Gesprächspartnern erörtern wollen.

In allen 11 Landkreisen und in den 3 kreisfreien Städten wird es darum gehen, in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vertretern von Verwaltungsebenen, kommunalen Mandatsträgern, Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen die eigenen

Positionen zu erläutern sowie Vorschläge und Ideen für die parlamentarische Tätigkeit im Landtag zu gewinnen. Als Höhepunkt der Kommunalreise ist für den 15. Mai 2012 eine öffentliche Fraktionssitzung in der Saalestadt Halle geplant.

MdL Gerald Grünert ist kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
März
recht herzlich

zum 88. Geburtstag
Gertrud Große

zum 87. Geburtstag
Anneliese Basan

zum 86. Geburtstag
Rudolf Böhnstedt
Lisa Taubert

zum 85. Geburtstag
Alfred Staude

zum 83. Geburtstag
Charlotte Otto
Christa Schneider

zum 82. Geburtstag
Christa Bust

zum 80. Geburtstag
Walter Wohlrab

zum 65. Geburtstag
Bregitta Schmerse

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
März
Geburtstag haben



Die aktuelle Lage in Deutschland und DIE LINKE vor ihrem Parteitag

Vortrag und Diskussion mit

MdB Dr. Dietmar Bartsch,
stellvertretender Vorsitzender der
Bundestagsfraktion und

MdB Jan Korte,
Mitglied des Fraktionsvorstandes,

am Mittwoch, dem 11.4. 2012,
um 18.00 Uhr in der Gaststätte
„Metropol“ in Bernburg

Ist Europa noch zu retten?

Vortrag und Diskussion mit

MdL Dr. Frank Thiel,
wirtschaftspolitischer Sprecher
der Fraktion,

am Mittwoch, dem 28.3.2012,
um 18.00 Uhr in der Gaststätte
„Alte Molkerei“ in Bernburg

Der Kreisvorstand

Regionalkonferenz in Magdeburg,

am Samstag, dem 31.3.2012,
um 10.00 Uhr,
in der Stadthalle (Blüthnersaal),
Heinrich-Heine-Platz1.
Alle interessierten GenossInnen
sind herzlich eingeladen

Termine

am 1. April Wahlkreistag von
MdB Jan Korte
in der Verbandsgemeinde
Saale- Wipper

am 4. April, 17.00 Uhr, DER LINKE
Politstammtisch,
in der Gaststätte
„Zum Obersteiger“ in Staßfurt

Delegiertenversammlung

am Sonnabend, dem 14.4.2012
ab 10.00 Uhr bis gegen 14.Uhr
in der Vereinsgaststätte des Schö-
nebecker Sportvereins 1861,
in der Barbarastraße 21.

Schwerpunkte:

Rede des Kreisvorsitzenden
Rede der Schatzmeisterin
Rede der Vorsitzenden der KT-
Fraktion

Wahlen der Parteitagsdelegierten
Nachwahlen Kreisvorstand
Nachwahlen Kreisrevisionskom-
mission
Der Kreisvorstand

31. März, 10 Uhr „Die Zeit ist - Die Zeit war“

MdB Jan Korte

lädt zur Ausstellungseröffnung mit
dem Bernburger

**Fotografen Matthias
Schroeter,**

Gezeigt werden 20 Langzeitbelich-
tungen in Monochrom Fine-Art

Bürgerbüro Bull/Korte, Kleine Wil-
helmstraße 2b, Bernburg

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.
Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

dielinke-salzlandkreis@t-online.de

06406 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Re-
deaktionsschluss eingegangenen Ar-
tikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Die Redaktion

Einsendeschluss für DIE LINKE ZEI-
TUNG ist der 09.04.2012 und Reda-
ktionsschluss war der 15.03.2012